

16. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Direkte Demokratie ernst nehmen: Europawahltag nutzen, für verpflichtenden Ethikunterricht eintreten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Termin des Volksentscheids über den Gesetzentwurf der Initiative „Pro Reli“ gemäß Artikel 62 Absatz 4 Satz 2 der Verfassung von Berlin auf den Tag der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 festzulegen.

Weiterhin wird der Senat aufgefordert, bis zur Abstimmung klar und konstruktiv für den verpflichtenden Ethikunterricht einzutreten.

Begründung:

Das Volksbegehren „Pro Reli“ hat die erforderliche Anzahl von Unterschriften erreicht, um den von der Initiative vorgeschlagenen Gesetzentwurf zur Abstimmung zu stellen. Ein Volksentscheid findet gemäß Artikel 62 Abs. 4 der Verfassung von Berlin innerhalb von vier Monaten statt. Die Frist kann jedoch auf bis zu acht Monate verlängert werden, wenn dadurch der Volksentscheid gemeinsam mit Wahlen durchgeführt werden kann.

Eine Zusammenlegung des Volksentscheids mit der Europawahl erspart dem Land Berlin die Kosten für einen eigenen Abstimmungsgang. Der Termin bietet ausreichend Zeit, um die Argumente darzulegen, die für und gegen die von der Initiative beabsichtigte Ersetzung des gemeinsamen Faches Ethik durch ein Wahlpflichtfach Religion/Ethik sprechen. Zudem beugt die Zusammenlegung mit dem Wahltermin dem Eindruck vor, der Senat wolle über die bei einem Sondertermin erwartbare geringere Beteiligung an der Abstimmung die Erfolgchancen der Initiative schmälern.

Eine hohe Beteiligung an der Abstimmung muss auch im Interesse derer liegen, die den Gesetzentwurf von „Pro Reli“ ablehnen. Unabhängig vom Ausgang des Volksentscheid ist ein klares Votum der Berlinerinnen und Berliner ein Gewinn für die Demokratie.

Berlin, den 27.1.2009

Eichstädt-Bohlig Ratzmann
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen